



Arader Zeitung

Banater Volkszeitung

Bezugspreise (Vorausbezahlung): Für Sonntag
Mittwoch und Freitag halbjährig 160, ganzjährig
320, für Großunternehmungen 1000 Lei, für das
Ausland 4 Dollar.

Verantwortlicher Schriftleiter: Rif. Bittu.
Schriftleitung und Verwaltung: Arad, Ede Fischplatz.
Filiale: Timisoara-Josefstadt, Str. Bratianu 30.
Telefon: Arad 6-39. —: Telefon: Timisoara 21-82.

Bezugspreise (Kontantbezahlung): Wöchentlich nur
einmal am Sonntag mit Romanbeilage in Buch-
form, ganzjährig 140, halbjährig 70, vierteljährig
35 Lei. Postkontanto: 87.119.

Am meisten verbreitete deutsche Zeitung im Banat und den anderen deutschen Siedlungsgebieten

Folge 96.

Arad, Freitag, den 21. August 1936.

17. Jahrgang.

8000 Lei Ausfuhrprämie für Weizen.

Bucuresti. Das Ackerbauministerium hat die Ausfuhrprämie pro Waggon Weizen in 8000 Lei und für Wehl in 10.666 Lei festgesetzt.

Die mit dem Weizeneinkauf beauftragte Genossenschaftszentrale hat den Mindestpreis für Weizen mit 400 Lei pro Meterzentner festgesetzt.

Das Guffa modernisiert sich und bereist Italien.

Massaua. Das Guffa, Chef der Provinz Tigrea, der bekanntlich als erster das abessinische Volk verraten hat und mit seinen Kriegern zu den Italienern flüchtete, ist nach Italien abgereist, wo er als Judaslohn alle bedeutenderen Städte besuchen wird.

Guffa äußerte schon lange den Wunsch, einmal das Land seiner jetzigen Herren näher besichtigen zu können.

Große Manöver im Herbst

Bucuresti. Wie „Credinta“ berichtet, werden im Herbst große Manöver abgehalten, an welchen sämtliche Truppengattungen teilnehmen werden.

Arader Gewerbeschule

in Byzanz umgewandelt.

Die Arader höhere Gewerbeschule wird, wie alle übrigen ähnlichen Lehranstalten des Landes, vom 1. September an in ein Gewerbelyceum umgewandelt. Die Absolventen dieses Gewerbelyceums erhalten die Meisterbefähigung. Nach dem letzten Unterrichtsjahr können sie sich zu einer Wahlprüfung stellen und erlangen nach bestandener Prüfung das Einschreibungsrecht auf der Technischen Hochschule, der Architekten- und Künstlerakademie.

Strenge Kontrollierung der Kinos

Minderjährigen unter 16 Jahren der Kinobesuch verboten.

Das Innenministerium hat die Verwaltungsbehörden angewiesen, die Kinos strenge auf Reinlichkeit, Ventilation und Einhaltung sonstiger Vorschriften zu kontrollieren. Den Mindejährigen unter 16 Jahren wird im Sinne der Verordnung der Kinobesuch verboten.

Die Kinos haben folgende Gebühren zu zahlen: 1. An das Finanzministerium 25 Prozent der Bruttoeinnahmen. 2. An das Innenministerium außer der Lage nach dem Meter Filmstreifen je ein Lei nach jeder Eintrittskarte. 3. An das Luftfahrtministerium nach jeder Karte bis zu 20 Lei ein Lei, von 20 Lei aufwärts 2 Lei. 4. An die Stadt oder Gemeinde nach jeder Eintrittskarte ein Lei.

Neues Gewerbegesetz erbracht, — jedoch noch immer nicht durchgeführt

Das neue Gewerbegesetz, erbracht am 30. April in Rechtskraft, ist aber nur in einem Punkt zur Durchführung gelangt, indem die Gewerkecorporationen aufgelöst und ihr Vermögen von den Arbeitskammern übernommen wurden. Mit dem Vermögen sollten die Arbeitskammern im Sinne des neuen Gesetzes auch die Amtsbefugnis der Gewerkecorporationen übernehmen und ausüben, damit keine Störung oder Unterbrechung eintrete.

Dem Anschein nach war es aber den leitenden Kreisen zunächst nur darum zu tun,

die als drohende Hochburgen der Minderheitler verfahrenen Gewerkecorporationen zu zerstreuen und ihr durch jahrzehntelanges Sparen und Umsonstarbeit der Funktionäre erlangtes Vermögen zu enteignen.

Nach dieser „Arbeitsleistung“ der

Arbeitskammern ruht der gewerbeamtliche Verkehr gänzlich, da die Arbeitskammern bis nun vom Ministerium keine Bevollmächtigung zur positiven Arbeit erhalten haben. Es fehlt die Durchführungsverordnung, ohne die ein Gesetz nicht in Anwendung gebracht werden darf. Die Gesetze sind nämlich — beinahe ohne Unterschied — lächerlich, verworren, voller Widersprüche, so daß unbedingt ein Wegweiser, sozusagen eine Gebrauchsanweisung notwendig ist.

Die Durchführungsverordnung fehlt, daher wird auch nichts durchgeführt bei den Arbeitskammern. Eine ganze Reihe Gesuche von Gehilfen, die um einen Gewerbebeschein ansuchen, weiterAnmeldungen solcher Gewerbetreibender, die ihrem Gewerbe entsagen und ihr Gewerbe wieder ausüben wollen, liegt unerledigt. Man fertigt die Leute mit einem Adelsjuden ab.

Der im Gesetz auf den 1. September festgesetzte Termin für den Austausch der alten Gewerbebeschein gegen sogenannte Meisterbücher ist aber schon sehr nahe. Was geschieht nach diesem Endtermin?

Die Durchführungsverordnung müßte verschiedene Unklarheiten bereinigen. So wird z. B. im Gesetz ausgesprochen, daß sämtliche erworbenen Rechte, die bis 30. April 1936 bestanden haben, respektiert werden müssen. Ein Gewerbegehilfe, der bis zu diesem Zeitpunkt bereits über 3 Jahre lang Gehilfe war, müßte demnach auch ohne die Meisterprüfung ein Meisterbuch ausgestellt bekommen.

Ferner ergibt sich die Frage, ob ein ehemaliger Gewerbetreibender, der seinen Gewerbebeschein vor dem 30. April aus wirtschaftlichen oder steuerlichen Gründen abgemeldet hatte, auch erworbene Rechte besitzt und diese gegebenenfalls für die Erhaltung eines Meisterbuches geltend machen kann, ohne die Meisterprüfung, wie sie durch das Gesetz vorgeschrieben wird, ablegen zu müssen.

Seit geraumer Zeit ist also die Entwicklung im Gewerbe für das Banat und Siebenbürgen gänzlich zum Stillstand verurteilt, während das neue Gesetz im Altreich, wo es hinsichtlich des Meisterbuches und der vorgeschriebenen Prüfungen keine wesentliche Neuerungen mit sich brachte, gar keine Hindernisse in dieser Hinsicht bereitet.

Der Gesetzgeber war so klug, hinsichtlich ähnlicher Bestimmungen, welche die Lehrlinge betreffen, ein Uebergangsstadium von 5 Jahren zu schaffen. Eine ähnliche Regelung, nebst einer alle Unklarheiten beseitigenden Durchführungsverordnung wäre auch betreffs des Meisterbuches erforderlich.

Die Gewerbetreibenden des Banates und Siebenbürgens sind durch das neue Gesetz, das nur betreffs der Recht- u. Vermögensänderung, im übrigen aber nicht durchgeführt wurde, in einen Schwebezustand der Rechtsunsicherheit versetzt worden, der baldigt behoben werden müßte.

Ein tägiger Streit der Bäcker

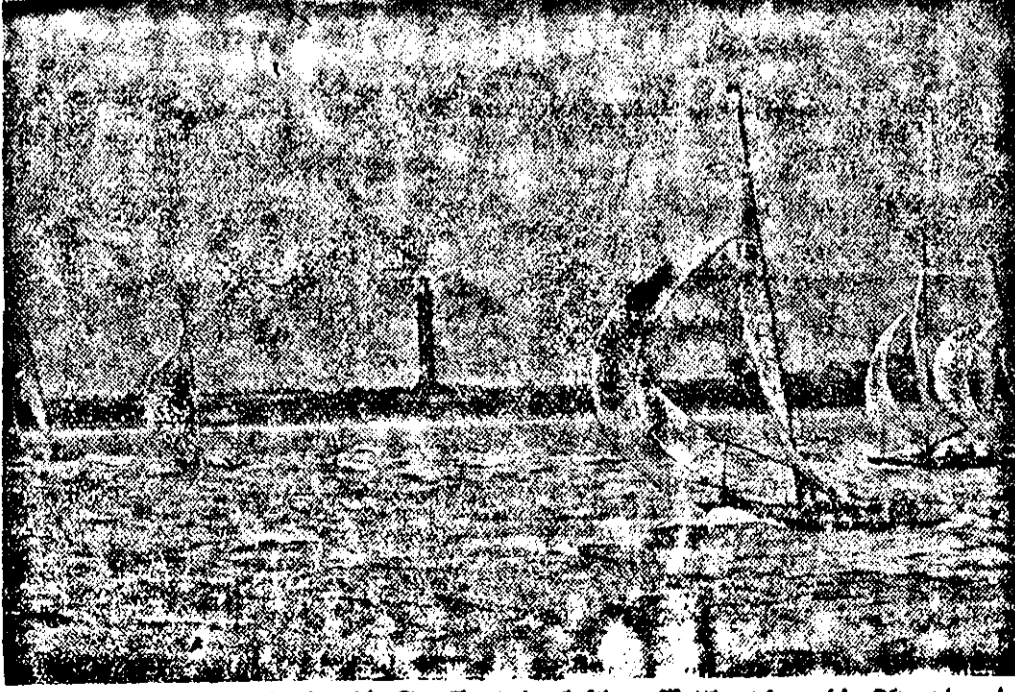
Am Sonntag, den 16. August hat in Oradea eine Beratung des Verbandes der Banater und Siebenbürger Bäcker stattgefunden, in welcher beschlossen wurde, zum Zeichen des Protestes gegen mehrere drückende Bestimmungen der neuen Mehlordnung am Mittwoch den 19. August kein Brot zu backen.

Die Bäcker protestieren gegen die Wiedereinführung der Brotmarken

und gegen die widersinnige Verfügung, daß nur 1-Kilo-Brot gebacken werden darf. Eine Abordnung überbrachte dem Ackerbauminister die Beschwerden der Bäcker.

Der Beschluß der Bäcker wurde am Mittwoch durchgeführt und es gab in den Städten des Banates und Ardeals einen Tag hindurch kein frisches Brot.

Die Regatten-Olympiade in Kiel

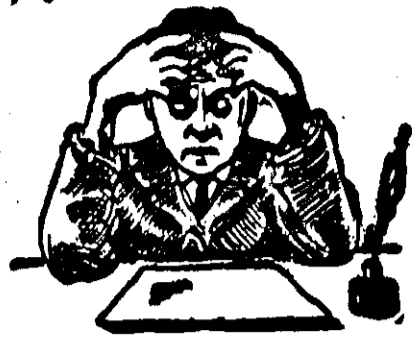


Wie unser Bild zeigt, fanden die Segelboote im heftigen Wettkampf um die Olympiamedaille.

Schuljahr beginnt am 15. September

Bucuresti. Nach Verlautbarung des Unterrichtsministeriums finden die Aufnahmeprüfungen in den Mittelschulen zwischen 1.—10. September statt. Der Unterricht aber beginnt am 15. September.

„Zerbrechen“ mit den Kopf



— Über das „schlechte Geschäft“ des Kraher ungarischen Stadttheaters. Alljährlich hebt man von dem schlechten Gang desselben und von dem vielen Draufzahlen der Direktoren, so daß die Schauspieler und Schauspielerinnen nur selten ihr Geld bekommen und trotzdem melben sich stets mehr als ein Duzend Leute, wenn die Theaterkonzession zu vergeben ist. Auch berzeit ist wieder ein großer Kampf bei der Vergabung des Theaters im Auge: man kauft den einflussreichen Personen im wahrsten Sinne des Wortes die Lären ein, damit man die Theaterkonzession bekomme u. kein Mensch fragt: warum die Leute alle — draufzahlen wollen. . . . Oder läßt sich vielleicht hinter den Kulissen doch etwas verdienen?

— ob dem weisen Ben Kiba sein Spruch „Alles ist schon dagewesen“ nicht im Falle Reden geblieben wäre, wenn man ihm das Stücklein des Detektivs Szabo Erzöcs in Reusatz (Ungoslavien) erzählt haben würde. Der findige Mann suchte jene Personen auf, die von der Polizei als Abgeurteilte oder als unter polizeilicher Aufsicht stehende in Vermerk gehalten werden und trug ihnen ihre Photographien und Fingerabdrücke zum Kaufe an. Es fanden sich mehrere Wohlhabende, die den Preis von 2000 Dinar (ca. 10.000 Sel) bezahlten, um die lästige Sorge los zu werden, daß sie unter polizeilicher Aufsicht stehen. Der Handel blieb natürlich nicht geheim und Erzöcs wurde verhaftet. — Die in den Handel verwickelten Käufer ihrer eigenen Fingerabdrücke sind nun, anstatt die Polizei losgeworden zu sein, in neuere enge Verhinderung mit ihr gelangt. Sie werden samt dem Detektiv sich wegen einer Strafanzeige zu verantworten haben, die einzig in ihrer Art ist.

— darüber, wie oft die nächsten Taten sich als folgenschwerer Unsinn erweisen. Zu dieser bitteren Erkenntnis gelangte eine Frau in der Gemeinde Komanski (Ungarn). Sie hatte Geld verkauft und steckte den Kaufpreis von 50.000 Sel in den Zimmereisen. Hier schien ihr das Geld vor Dieben am besten gesichert zu sein, denn niemand werde es einfallen, im Ofen nach Geld zu suchen. Das Geld war wirklich bleiblicher im Ofen angelegt, jedoch nicht vor dem unberechenbaren Einfall ihres 7-jährigen Schwändens, den, alleingelassen, die Luft anzuheizen, mitten im Sommer Feuer im Zimmereisen zu machen. Er stopfte allerlei Brennstoff in den Ofen und erfreute sich an dem Gesprassel der Flammen. — Als seine Mutter nach Hause kam und den glühenden Ofen sah, fiel sie betnahe in Ohnmacht. Zum Glück bewirkte sie ihren Jörn, denn sonst hätte es leicht zu einer Familientragödie kommen können. Der Jörn verwandelte sich in Trauer und sie weinte bittere Tränen über ihre eigene Unvernunft.

— warum bei uns die Einsicht erst dann fließt und die leitenden Kreise zur Abkehr von ihrer Richtung veranlaßt, wenn es zu spät ist, oder wenn die irrtümliche Richtung bereits schweren Schaden verursacht. So hat man bisher die Vorschrift bei Vergabung öffentlicher Arbeiten dahin ausgelegt, daß das billigste Angebot als das vorteilhafteste zu gelten hat. Ernste, gewissenhafte Nachreute konnten bei Wettbewerben bisher nur dann zur Geltung gelangen, wenn sich keine Pfaffen oder Panamisten um die Arbeit bewarben, die entweder keine Ahnung über die auszuführende Arbeit hatten und sich aus Unwissenheit zur Ausführung der Arbeit anbot oder betrugliche Summe versprochen. Oder es waren Panamisten, die durch Unterstützung der betraglichen Summe die ersten Bewerber aus dem Felde schickten, in der ursprünglichen Voraussetzung, daß es ihnen gelingen wird, durch

Die eigentliche Kriegsgefahr ist die — Kriegsindustrie

Die Kriegsindustrie sollte eigentlich nur in einem solchen Umfang bestehen, um die für einen Krieg eventuell notwendig werdenden Waffen und Munition zu erzeugen. Die Kriegsindustrie ist aber heute nicht mehr ein Mittel zum Zweck, vielmehr ist sie zum Zweck geworden, der die Vorbereitung einer Kriegsgefahr, das Führen von Kriegen und den Krieg selbst als Mittel zum Anheben von Reichümern mißbraucht.

Die Rüstungsindustrie ist zu einer Macht angewachsen, die man als die stärkste Großmacht bezeichnen kann. Die Rüstungsindustrie gebärdet sich in jedem Lande als national, ist aber eigentlich international, beliefert Freund und Feind ohne Gewissensregungen und teilt die Beute unter sich. Es ist schon längst eine allbekannte Tatsache, daß den Weltkrieg zum Hauptteil die Waffen- und Munitionsfabriken durch die gekauften

Zeitungen verursachten u. verlängerten, um je mehr zu verdienen. Im Burenkrieg lieferten englische Munitionsfabriken den Engländern gerade so wie den Buren. Der gew. Außen- und heutige Innenminister, Sir Simon, der England in der Abrüstungskonferenz vertrat, besitzt 15.000 Aktien und der Minister Neville Chamberlain, der ewig von Kriegsgefahr spricht, besitzt 11.000 Aktien der englischen Vickers-Armstrong-Werke, die neben Schneider und Creuzot die größte Rüstungsfabrik ist.

In Frankreich, den Vereinigten Staaten und anderen Ländern ist es auch nicht anders. Hohe Politiker, sogar Staatsoberhäupter, sind an vielen Fabriken materiell interessiert, die zum Krieg vorbereiten und die Völker auf die Schlachttank treiben. Dazu ist das beste Mittel die Presse. Die verbreitetsten Blätter erhalten entweder ständige Vorschüsse von den Rüstungsfabriken, oder sie bilden deren Eigentum. Die gekaufte Presse vernebelt und vergiftet die öffentliche Meinung. Die Bürger des Landes werden durch Berichte über Kriegsrüstungen der übrigen Länder in Schrecken gehalten, um es ihnen begreiflich zu machen, daß wegen den anderen Ländern auch das eigene Land rüsten muß. Das heißt, der Bürger soll die überhöhen Steuern mit Freuden zahlen, denn ein Großteil der Ausgaben dient zur Anschaffung von Mitteln zur Verteidigung des angeblich bedrohten Vaterlandes.

Das französische Parlament hat den ersten entscheidenden Schritt zur Bekämpfung der Rüstungsindustrie durch die Verstaatlichung unternommen. Das Privatinteresse soll nicht mehr die Triebfeder der Rüstungen sein, sondern nur das Staatsinteresse soll künftighin hinsichtlich des Ausmaßes der Rüstungen den Ausschlag geben.

Für die Arbeiter der Rüstungsindustrie mag die Verstaatlichung aus Lohn- und anderen Rücksichten beruhigend sein. Die Kriegsgefahr zu mildern oder auf immer zu bannen, wird die verstaatlichte Rüstungsindustrie auch nicht in Stande sein.

Die Erzeugung von Kriegsmaterial wird in den verstaatlichten Rüstungsfabriken von Amts wegen und nicht auf Befehl des bisherigen Eigentümers eingezogen. Die Kriegsgefahr kann einzigallein durch die Abschaffung der Kriegsgefahr gebannt werden.

Neuer Kirchausschuß in Sibva.

Die Sibvaer röm.-kath. Kirchengemeinde hat folgenden Kirchausschuß gewählt: Präses: Matthias Schwarz; Vizepräses: Nikolaus Schramm (von Amts wegen) und Ladislav Babanyi; Kassier: Karl Martin; Kurator: Johann Grünwald jun.; Sekretär: Georg Bornmann; Kontrollore: Johann Willinger und Jakob Abel jun. Ausschußmitglieder: Dr. Andreas Buschmann und Dr. Mategowski, beide von Amts wegen. Gewählt: Georg Rollinger, Peter Edert, Matthias Krastl, Andreas Hubert, Johann Sauer, Anton Grünwald, Franz Koch, Franz Rohr, Johann Selz und Stefan Leocjan.

Seine Mittagsstunde an Wochenmarktagen in Arud.

Die Stadtverwaltung von Arud hat beschlossen, daß an Wochenmarktagen die Geschäfte über Mittag nicht mehr geschlossen sein dürfen, sondern je nach freiem Ermessen offen gehalten werden dürfen.

Billigste Einkaufsquelle in
Stoffen für Schuluniformen
und Wäsche bei
Udermann & Hübner
A r a d, Bulevardul Regele Ferdinand Nr. 25.

Gebühren am Deutschen Staatsgymnasium zu Aradul-nou

Vor kurzem teilten wir mit, daß die Einschreibungen am Aradul-nouer Deutschen Staatsgymnasium vom 25. bis 31. August, die Aufnahmeprüfung für die 1. Kl. aber am 1. und 2. September und die Privat- und Nachprüfungen am 4., 5. und 6. September stattfinden.

An Tagen sind zu zahlen: 1. Schulgeld fürs ganze Jahre 1500 Sel, fürs Schulmittel 400, Baubetrag Sel 500 und für Religionsunterricht 100 Sel, zusammen jährlich 2500 Sel. Die Hälfte davon ist beim Einschreiben, die andere Hälfte aber im Jänner zu entrichten.

In dem mit der Schule verbundenen Schülerheim aber werden fürs ganze

Schuljahr 10.800 Sel bezahlt. Das heurige gute Wirtschaftsjahr wird die Eltern hoffentlich dazu bewegen, die den anderen Mittelschulen gegenüber billige Anstalt mit Kindern in einer beträchtlichen Anzahl zu besetzen.

Der „größte“ Mann der Welt.

In der nordamerikanischen Stadt Alton (Illinois) lebt ein Riese, der erst 18 Jahre alt ist, eine Körperhöhe von 2.50 Meter hat und 175 Kilogramm schwer ist. Der Vater des Riesen ist, ebenso wie die Mutter, mittelgroß. Der Junge ist der „größte“ Mann der Welt.

Wünsche und Beschwerden der Banater Weinbauern

Eine Denkschrift an die Regierung.

Aus Timisoara wird uns berichtet: Dieser Tage hat beim Verband der deutschen Genossenschaften eine Beratung der Weinbauern aus dem Kraher Weingebiete, Balowa, Slos, Bogaz, Retas, Jahrmart, Nereu und Mariensfeld stattgefunden. Aus den Berichten der Vertreter obgenannter Gemeinden geht hervor, daß, mit Ausnahme von Balowa, heuer mit einer Rekordweinernte gerechnet werden kann. Allein in Mariensfeld wird das zu erwartende Ertragnis auf 150.000 Hektoliter geschätzt, doppelt soviel als im Vorjahre.

So erfreulich die Aussicht auf eine vorzügliche Weinernte ist, bereitet sie den Weinbauern aber auch große Sorgen, da noch große Vorräte aus den Vorjahren lagern, so daß großer Fässermangel herrschen wird. Das zur Anschaffung von neuen Fässern erforderliche Kapital fehlt aber.

Angeichts dieser Sachlage hat der Verband der deutschen Genossenschaften beschlossen, sich in einer Eingabe an die Regierung zu wenden u.

folgende Stützungsmaßnahmen zu verlangen:

1. Erforderliche Kredite zum Ankauf der notwendigen neuen Fässer.
2. Die Regierungserlaubnis zum „Einbiden“ des Mostes, wodurch die zu transportierenden Mengen um ungefähr 60 Prozent ihres Gehaltes verringert werden könnten.
3. Die Beförderung des Mostes von einer Gemeinde in die andere und dessen gebührenfreier Verkauf sogar in der Stadt.
4. Das Reichamt möge angewiesen werden, den Weinbauern keine Schwierigkeiten zu bereiten und auch im Banat gelinder vorzugehen als bisher.
5. Die Regierung möge die Weinausfuhr im Wege der Genossenschaften durch verschiedene Erleichterungen fördern.

Hoffentlich wird die Regierung die bescheidenen Wünsche des deutschen Genossenschaftsverbandes berücksichtigen.

ihren „schlechten“ erlangten Verbindungen angeht der zittationsstamme Nachtragsnamen zu erhalten, die oft das Abschneiden der Originalnamen betragen. Oder aber wurde die übernommene Arbeit wieder mit dem vorgeschriebenen Material, noch in der verlangten Dauerhaftigkeit ausgeführt. — Das

handbare Unglück von Cotocent, der Bau von Karstbänken anstatt von Erdarbeiten, mußte kommen, um das Gewicht der verantwortlichen wachzurufen und sie zu der untrüglichen Wahrheit zu bereiten, daß nicht das billige, sondern das verlässliche Angebot das vorteilhafteste ist.

